S 7 VG 3401/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg Entschädigungs-/Schwerbehindertenrecht Sachgebiet

6.

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren

Leitsätze 1. Für die Abgrenzung des Vorsatzes von

> der bewussten Fahrlässigkeit ist die objektive Gefährlichkeit der Tathandlung zwar ein wesentlicher Indikator sowohl für

das Wissens- als auch des

Wollenselement des bedingten Vorsatzes. Jedoch kommt es auch bei in hohem Maß

gefährlichen Handlungen auf die Umstände des Einzelfalls an.

2. Bei einem unbekannt gebliebenen Täter kann nur aufgrund äußerer Umstände darauf geschlossen werden,

dass er bedingt vorsätzlich gehandelt hat. Beweisschwierigkeiten gehen nach den allgemeinen Regeln zu Lasten desjenigen,

der die Beweis- oder Feststellungslast

träat.

OEG § 1 Normenkette

> BVG (aF) § 30 BVG (aF) § 31

1. Instanz

Aktenzeichen S 7 VG 3401/20

01.03.2023 Datum

2. Instanz

L 6 VG 902/23 Aktenzeichen

Datum 29.02.2024

3. Instanz

Datum

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts

Heilbronn vom1. MÃxrz 2023 wird zurückgewiesen.

AuA ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erin begehrt im Wege des \(\tilde{A}\)\(\tilde{b}\)erpr\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)fungsverfahrens die Gew\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)hrung von Besch\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) dem Gesetz \(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)ber die Entsch\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) digung der Opfer von Gewalttaten (OEG) i.\(\tilde{A}\) V.\(\tilde{A}\) m. dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) aufgrund eines Zusammensto\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) es als Fu\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)ngerin mit einem Fahrrad am 26. M\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)rz 2018 gegen 17.00 Uhr, bei dem sie sich unter anderem eine Fraktur der H\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)fttotalendoprothese (H\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)ft-TEP) rechts zuzog.

Sie ist 1940 geboren und beantragte am 10. April 2018 bei dem Landratsamt L1 (LRA) erstmals die GewĤhrung von Leistungen nach dem OEG. Vorgelegt wurde ein Zeitungsausschnitt mit dem Titel â∏Dreiste Unfallfluchtâ∏: Auf dem Feldweg zwischen den Bahngleisen und der C1 in â∏ B1 habe nach Informationen der Polizei ein bislang unbekannter Fahrradfahrer zunĤchst die FuÄ∏gĤngerbrļcke über die Bahngleise kommend überquert. AnschlieÃ∏end habe er seine Fahrt parallel der Bahngleise fortgesetzt. In diesem Bereich sei er mit einer 77 Jahre alten FuÃ∏gängerin zusammengestoÃ∏en, die durch den Unfall schwere Verletzungen erlitten habe. Auf einem Taschentuch habe der Unbekannte seine vermeintlichen Personalien hinterlassen und seine Fahrt fortgesetzt. Später habe sich herausgestellt, dass der Mann wohl falsche Angaben gemacht habe.

Nach dem Entlassungsbericht des Krankenhauses B2 ýber die stationäre Behandlung vom 26. März bis 6. April 2018 wurde die Klägerin im Stand als FuÃ∏gängerin von einem Fahrrad angefahren und stýrzte auf die rechte Seite. Seitdem bestünden Schmerzen in der rechten Hüfte, an der sie mit einer Hüft-TEP versorgt sei. Am rechten Ellenbogen habe sich eine Schwellung und eine traumatische Bursaverletzung mit oberflächlicher Wunde gezeigt. Es sei zu einer periprothetischen Fraktur der rechten Hüft-TEP gekommen und diese operativ versorgt worden. Die Entlassung sei in die Kurzzeitpflege erfolgt.

Die Verlaufskontrolle am 9. Mai 2018 ergab keinen Anhalt f \tilde{A}^{1}_{4} r Entz \tilde{A}^{1}_{4} ndungszeichen und keine offensichtliche Bewegungseinschr \tilde{A} nkung bei reizlosen Wundverh \tilde{A} nkung bei

Vom 15. Mai bis 6. Juni 2018 wurde eine stationäre Rehabilitation in der Rehabilitationsklinik S1 durchgeführt. Der Entlassungsbericht beschrieb eine komplikationslose Mobilisation unter Vollbelastung. Eine Verbesserung von Gangsicherheit und â∏ausdauer habe erzielt werden können. Beweglichkeit, Kraft sowie Belastbarkeit seien gesteigert worden. Bei Entlassung habe ein flÃ⅓ssiges Gangbild an UnterarmgehstÃ⅓tzen bestanden, mit einer möglichen Gehstrecke von 500 Metern. Das Treppensteigen gelinge problemlos. In den Verrichtungen des täglichen Lebens sei die Klägerin selbstständig. Die Beweglichkeit des HÃ⅓ftgelenks habe fÃ⅓r Extension/Flexion bei 0-0-90° gelegen.

Das LRA zog die Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft H1 â□□ Verfahren gegen Unbekannt â□□ bei.

Nach dem Polizeibericht sprach die Tochter der KlĤgerin am Folgetag auf dem Polizeirevier vor und erstattete Anzeige wegen Verkehrsunfallflucht. Die KlĤgerin habe eine handskizierte Zeichnung von dem Radfahrer zur Akte gereicht. Es sei eine Operation an der rechten Hüfte erfolgt und die Klägerin müsse drei Wochen in der Kurzzeitpflege bleiben. An der Unfallstelle hätten keine Unfallspuren auf der Fahrbahndecke vorgefunden werden können.

Die Klägerin gab an, dass sie zu dritt â∏ sie und die beiden Zeuginnen G1 und G2 â∏∏ vom Café S2 auf dem FuÃ∏weg Richtung B3 an den Gleisen entlanggelaufen seien. Es sei kurz vor 17.00 Uhr gewesen. Sie sei auf dem Fu̸weg auf der linken Seite gelaufen. Plå¶tzlich habe sie ein kurzes Klingeln gehå¶rt, in dem Moment sei auch ein Zug vorbeigefahren. Ein Fahrradfahrer sei plĶtzlich von hinten auf sie drauf gefahren. Sie sei auf den Boden gestürzt, habe unter Schock gestanden. Ihre Begleiterinnen hÄxtten gefragt, was passiert sei. Der Radfahrer sei auch gekommen und habe versucht, sie hochzuziehen. Sie habe nicht aufstehen kannen und starke Schmerzen gehabt. Irgendwann habe sie gestanden, habe sich aber nicht bewegen kA¶nnen. Sie habe eine ihrer Begleiterinnen gebeten, die Personalien vom Radfahrer aufzuschreiben. Davor habe sie â∏ ihre Begleiterin â∏∏ einen Krankenwagen gerufen. Der Fahrradfahrer habe sich bei ihr entschuldigt, als sie noch auf dem Boden gelegen sei. Als sie gestanden sei, habe er es sehr eilig gehabt, er habe ins GeschĤft gewollt. Dessen Personalien habe ihre Begleiterin auf ein Taschentuch geschrieben, sie $\hat{a} \square \square$ die Kl \tilde{A} \times gerin $\hat{a} \square \square$ habe ihr noch gesagt, sie solle sich den Ausweis zeigen lassen.

E1 G1 gab in ihrer Zeugenvernehmung an, dass sie Kaffee trinken gewesen und anschlieÄ end Richtung B3 gelaufen seien. Circa 50 Meter vor der EinmÄ ¼ndung zur BrÄ ¼cke sei ein Radfahrer von hinten gekommen. Zeitgleich sei rechts von ihnen ein Gà ¼terzug mit viel Là xrm gefahren. Irgendetwas habe sie von hinten gehà ¶rt, weshalb sie nachgeschaut habe. Es sei ein Fahrradfahrer gewesen, die Klà xgerin habe instinktiv einen Schritt zum linken Wegrand gemacht. Im dem Moment sei sie durch den Radfahrer angefahren worden. Sie sei auf den Boden gefallen, auch der Radfahrer sei gestà ¼rzt, habe aber wieder aufstehen kà ¶nnen. Dann sei ein Ehepaar, das hinter ihnen gelaufen sei, gekommen. Gemeinsam hà xtten sie der Klà xgerin auf die Beine geholfen. Auch der Radfahrer habe sich daran beteiligt. Die Klà xgerin habe nicht mehr auf ihrem rechten Bein stehen kà ¶nnen. Der Radfahrer habe gesagt, dass er zur Arbeit mà ¼sse. Sie hà xtten dem Radfahrer geglaubt, dass seine Personalien echt seien. Ihre grà ¶Ã te Sorge sei gewesen, dass der Notarzt schnell komme. An die Polizei hà xtten sie in dem Moment nicht gedacht.

E2 G2 schilderte, ebenfalls als Zeugin gehört, dass sie über die FuÃ∏gängerbrücke nach B3 gewollt hätten. In dem Moment sei ein Güterzug auf den Gleisen gefahren. Sie hätten hinter sich ein Geräusch gehört. Sie habe sich umgedreht und den Radfahrer hinter sich gesehen. Links von ihnen seien noch circa 50 cm Platz gewesen. Sie habe die Klägerin gewarnt, dass hinter ihnen ein

Radfahrer durchfahren wolle. Die Klägerin habe einen Schritt nach links gemacht, in dem Moment sei der Radfahrer an ihnen vorbei gefahren und habe die Klägerin erfasst. Der Radfahrer sei auf die Beine der Klägerin gefallen. Wie das Fahrrad ausgesehen habe, wisse sie nicht. Der Radfahrer habe ihnen seine Personalien gesagt und dann, dass er jetzt unbedingt zur Arbeit mÃ⅓sse. Wo er arbeite, hätten sie nicht verstanden. Er sei dann losgefahren. Auf die Idee, den Radfahrer mit ihrem Handy zu fotografieren oder die Polizei anzurufen, sei sie nicht gekommen.

M1 B4 gab, als Zeugin gehört, an, dass sie sich mit ihrem Mann auf ihrem Gartengrundstück befunden habe. Es seien drei Damen vorbeigelaufen, eine habe sie aus ihrem Sportverein gekannt. Kurze Zeit später sei ein Radfahrer vorbeigefahren, sie habe ihm hinterher geschaut und gesehen, wie zwei der drei Damen nach rechts und eine nach links ausgewichen sei. Dann sei es zum Aufprall mit dem Radfahrer gekommen und eine Dame auf den Boden gefallen. Der Radfahrer habe sein Fahrrad hingelegt und versucht, mit Hilfe der anderen zwei Damen die Klägerin aufzurichten. Sie und ihr Mann seien zur Unfallstelle gelaufen, der Fahrradfahrer habe immer wieder gesagt, dass er zur Arbeit mþsse.

Deren Ehemann S3 B4 gab an, dass er und seine Frau einen Spaziergang hÃxtten machen wollen. Sie seien aus ihrem Gartengrundstýck gegangen und hÃxtten das Tor abgeschlossen. Als sie sich umdrehten, hÃxtten sie gesehen, dass ein Mann einer Frau habe helfen wollen, dass sie vom Boden aufstehen könne. Die Frau habe aber nicht stehen können. Zu diesem Zeitpunkt seien sie etwa 30 Meter entfernt gewesen. Eine Begleiterin habe ihm ihr Handy gegeben, damit er den Unfallort beschreiben können. Er sei zur Wendeplatte gegangen, habe auf den Krankenwagen gewartet und diesen eingewiesen. Als er zurýckgekommen sei, sei der Radfahrer nicht mehr da gewesen. Dieser habe Namen und Adresse auf ein Taschentuch geschrieben gehabt. Er wisse nur noch, dass der Radfahrer Arbeitsschuhe getragen habe.

Mit Bescheid vom 16. August 2018 lehnte das LRA den Antrag ab. Ein vorsätzlicher rechtswidriger Angriff sei mangels Vorsatzes nicht gegeben. Eine feindselige Willensrichtung des Fahrradfahrers, die bei einem Vorsatz vorliege, sei nicht nachgewiesen. Aus den äuÃ□eren Umständen ergebe sich, dass der Radfahrer geklingelt habe, auch wenn zeitgleich ein Zug vorbeigefahren sei. AuÃ□erdem habe der Radfahrer nach dem ZusammenstoÃ□ angehalten, sei abgestiegen und habe versucht, der Klägerin wieder auf zu helfen. Zudem habe er sich bei der Klägerin entschuldigt. Die Tat sei damit nur aus Unachtsamkeit und deshalb fahrlässig erfolgt. Dagegen spreche nicht, dass falsche Personalien angegeben worden seien, sodass der Fahrradfahrer unbekannt geblieben sei.

Gegen den Bescheid erhob die Klägerin Widerspruch und machte geltend, dass sie zum Sachverhalt bisher nicht befragt worden sei. Dieser habe sich aus ihrer Sicht so dargestellt, dass sie mit zwei anderen Frauen spazieren gegangen sei. Ein Fahrradfahrer habe sie plötzlich und unerwartet von hinten angefahren und zu Fall gebracht. Im Weiteren habe der Radfahrer an ihr gezerrt und sie mit körperlicher Kraft begleitet von Worten des Bedauerns zum Aufstehen gezwungen, obwohl sie

wiederholt geäuÃ∏ert habe, nicht aufstehen zu können und dies auch nicht zu wollen. Der Fahrradfahrer habe sich mit der Begründung entfernt, es eilig zu haben, bevor der Rettungsdienst sie fachgerecht versorgt habe.

Im Bescheid werde mitgeteilt, dass der Radfahrer geklingelt habe. Eine Fahrradklingel diene als SignalgerĤt, um sich als Radfahrer im StraÄ∏enverkehr akustisch durch Schallzeichen bemerkbar zu machen oder vor einer Gefahr zu warnen. Dies impliziere, dass der Radfahrer die vorausgehende, langsamere Gruppe, die er offensichtlich habe ļberholen wollte, wahrgenommen habe. Von Unachtsamkeit kĶnne bei objektiver Betrachtung keine Rede sein. Der Radfahrer habe sie unmittelbar von hinten angefahren und damit die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in hĶchsten MaÄ∏e auÄ∏er Acht gelassen.

Den Widerspruch wies das RegierungsprĤsidium S4 â∏ Landesversorgungsamt â∏∏ mit Widerspruchsbescheid vom 7. November 2018 zurück. Auch unter Berücksichtigung der Einlassungen vom 10. September 2018 und 24. Oktober 2018 â∏∏ in der Beschwerde an den Landrat ýber die Bearbeitung des Antrages â∏∏ ergäben sich keine Hinweise, die ein Abweichen von der bisherigen Beurteilung rechtfertigten. Die GeschĤdigtenvernehmung der KlĤgerin sei aktenkundig, sodass es nicht zutreffe, dass man ihre eigenen Angaben für nicht erforderlich halte. Nach der Zeugenaussage der Frau G2 vom 27. MÃxrz 2018 habe diese die KlĤgerin darauf hingewiesen, dass sich von hinten ein Radfahrer näherte. Während Frau G2 und Frau G1 daraufhin nach rechts weggegangen seien, um Platz für den Radfahrer zu schaffen, habe sich die Klägerin als einzige nach links bewegt. Der Radfahrer habe mitgeholfen, die KlĤgerin wiederaufzurichten, sich bei ihr entschuldigt und mitgeteilt, dass er dringend zur Arbeit müsse. Er habe bereits Arbeitsschuhe getragen. Das Verhalten des unbekannten Radfahrers sei allein dem Umstand geschuldet gewesen, dass er es eilig zur Arbeitsstelle hatte und deshalb wohl etwas riskanter mit dem Fahrrad unterwegs gewesen sei.

Am 3. Dezember 2018 erhob die KlĤgerin Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG â∏ S 2 VG 3998/18) und machte geltend, dass sie von einem Radfahrer plötzlich von hinten angefahren und zu Fall gebracht worden sei. Im selben Moment habe sie ein Fahrradklingeln wahrgenommen. Es liege ein mindestens bedingt vorsätzlicher, rechtswidriger tätlicher Angriff vor. Die äuÃ∏eren Umstände lie̸en keinen Zweifel daran entstehen, dass der Radfahrer die Fu̸gängergruppe wahrgenommen habe und sein Fahrrad bewusst gelenkt habe. Er habe stets willensgesteuert gehandelt. Die AusfA1/4hrungen im Widerspruchsbescheid erweiterten den Blick auf den Sachverhalt. Der Radfahrer habe zweifelsfrei bereits von Weitem die Fu̸gängergruppe gesehen, denn sonst hÃxtten die Zeugen kein Klingeln vernommen und auch den Weg zur Vorbeifahrt nicht freigemacht. Der Radfahrer habe sich â∏seines Sehens und Wissensâ∏ auf die Situation einstellen und theoretisch sogar gefahrlos vorbeifahren können. Nach dem Sturz habe er sie gegen ihren ausdrücklich bekundeten Willen hoch gezerrt. Damit sei eine weitere unmittelbare tÃxtliche Gewaltanwendung durch den Radfahrer erfolgt. Diese Tat sei durch Erste-Hilfeâ∏MaÃ∏nahmen nicht zu rechtfertigen, da sie sämtliche diesbezügliche Handlungen von Beginn an

ausdrücklich abgelehnt und geäuÃ□ert habe, Schmerzen zu haben. Ob ihrer schweren Verletzungen sei sie nicht in der Lage gewesen, sich körperlich zu wehren und diesen Angriff abzuwenden. Ergänzend legte sie ein Lichtbild von dem Unfallort vor (vgl. Blatt 24 SG-Akte).

Im Termin zur mündlichen Verhandlung vom 13. Juni 2019 (vgl. Protokoll) erklärte die Tochter der Klägerin, als deren Bevollmächtigte, dass bisher noch gar nicht berücksichtigt worden sei, dass der Radfahrer nach dem Unfall die Klägerin angefasst habe. Er habe an ihr gezerrt. Es sei nicht ganz klar, was diese Handlungen, die sich die Klägerin verbeten habe, letztlich ausgelöst hätten. Diese Handlungen seien mit dem Begriff â∏auf die Beine stellenâ∏ bezeichnet worden, darin sei ein tätlicher Angriff zu sehen.

Mit Urteil vom gleichen Tag wies das SG die Klage ab. Aus den objektiven Umständen könne nicht auf einen beim Radfahrer vorliegenden dolus eventualis geschlossen werden. Zwar habe sich der Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit genähert, aber gleichzeitig die FuÃ□gängergruppe durch Klingeln gewarnt. Daraus könne nur geschlossen werden, dass er sich der Gefahrensituation bewusst gewesen sei. Schlþsse auf das daneben erforderliche voluntative Element könnten hieraus keine gezogen werden. Es könne schlicht nicht davon ausgegangen werden, dass der Radfahrer einen Unfall billigend in Kauf genommen habe. Zur Beurteilung der Frage, ob der Radfahrer vorsätzlich gehandelt habe, schieden die Vorgänge nach dem ZusammenstoÃ□ aus. Durch eine eventuelle Unfallflucht könne nicht auf den Vorsatz hinsichtlich des Unfallgeschehens geschlossen werden. Soweit in der mþndlichen Verhandlung darauf abgestellt worden sei, dass der Radfahrer an der Klägerin â□□gezerrtâ□□ habe, fehle es an der kausalen Beziehung zwischen dem tätlichen Angriff und den erlittenen Verletzungen.

Am 3. August 2019 erhob die Klägerin Berufung beim Landessozialgericht (LSG) Baden-Wþrttemberg (L 6 VG 2568/19). Nach Hinweis des Berichterstatters auf die wohl fehlenden Erfolgsaussichten machte die Klägerin geltend, dass das SG seine Entscheidung auf einen unvollständig wiedergegebenen Unfallhergang gestþtzt habe. Nachdem der Radfahrer geklingelt habe, hätten zunächst die beiden Zeuginnen dem Radfahrer nach rechts Platz gemacht und sie â∏ die Klägerin â∏ auf den Radfahrer aufmerksam gemacht. Sie sei dann nach links ausgewichen. Der Radfahrer habe freie Fahrt auf dem Asphaltweg gehabt, sie aber auf dem Seitenstreifen erfasst. Richtig sei, dass er sie auf dem Wildwiesenstreifen fahrend erfasst habe, während sie sich am Rand des Asphaltweges befunden habe. Die Entscheidung des Radfahrers, mit hoher Geschwindigkeit zu fahren und diese auch bei der aufgetretenen Gefahrensituation nicht zu drosseln, zeuge davon, dass ihm eventuelle Gefährdungen als möglich erschienen seien, er das Risiko, hierdurch jemanden zu verletzen, aber als unerheblich begriffen habe, wodurch ihm in seinem Handeln mindestens Eventualvorsatz vorzuwerfen sei.

Das Zerren an ihr, das allen adäquaten Erste-Hilfe-MaÃ□nahmen widerspreche, stelle eine weitere vorsätzliche Schädigung der Gesundheit dar. Möglicherweise sei erst durch das Tun des Radfahrers die Verletzung so schwerwiegend geworden.

Weiter machte die KlĤgerin geltend, dass unter nicht situationsadĤguater Darstellung der Ķrtlichen Gegebenheiten davon ausgegangen werde, der Radfahrer habe geklingelt und damit ausreichend signalisiert, er wolle einen Unfall vermeiden. Offenbar sei ihre Aussage, dass sie in dem Moment gestürzt sei, als sie ein â∏ objektiv zweites â∏ Klingeln des Radfahrers gehört habe, nicht berücksichtigt. Dies lasse an der Beurteilung, die Tat sei vom Radfahrer trotz des von den Fu̸gängerinnen freigegebenen Weges fahrlässig begangen worden, erheblich zweifeln. Unberücksichtigt bleibe weiter die überhöhte Geschwindigkeit des Radfahrers, die dieser auch nach seinem ersten Klingeln beibehalten habe. SpĤtestens wegen des zweiten Klingelns des Radfahrers kĶnne nicht mehr nur von â∏besonderer Unbesonnenheitâ∏ ausgegangen werden. Er habe die Fahrspur gewechselt, nochmal geklingelt und sie im selben Moment angefahren. Dies mache offenbar, dass es ihm gleichgültig gewesen sei, andere Verkehrsteilnehmer må¶glicherweise zu verletzen. Auch spreche der zu geringe Seitenabstand beim Älberholen auf einem unebenen Weg schon dem Anscheinsbeweis nach dafļr, dass jegliche Rücksicht gegenüber dem schwĤcheren Verkehrsteilnehmer bewusst auÄ∏er Acht gelassen worden sei.

Nach von ihr beantragter ̸bersendung von Kopien aus den Verwaltungsakten machte die KlĤgerin dann geltend, dass sich aus den Protokollen nicht ergebe, dass der Radfahrer geklingelt habe, um die Fuà gà zngergruppe zu warnen. Die â∏Prozessbevollmächtigteâ∏ sei bisher von einer ordentlichen Amtsermittlung ausgegangen und habe die Sachverhaltsdarstellung des Beklagten einschlieÃ□lich der gerichtlichen ̸berprüfung als korrekt unterstellt. Nunmehr müsse diese basierend auf den Vernehmungsprotokollen bestritten werden. Der Radfahrer habe nicht geklingelt, sĤmtliche darauf beruhenden den Anspruch ablehnenden Begrýndungen gingen fehl. Obwohl die Gruppe von sich aus den Weg freimachte, habe der Radfahrer diesen verlassen und sie â∏ die Klägerin â∏ ohne jegliche Vorwarnung zu Fall gebracht. Es lasse sich einzig und allein das von ihr zu Protokoll gegebene Klingeln mit sofort einhergehender Unfallverursachung feststellen. Dies sei in Unkenntnis der Protokolle bisher als â∏objektiv zweites Klingelnâ∏ dargestellt worden. Der Radfahrer habe auf der geraden, gut überblick- und einschätzbaren Strecke ohne Gefahr die FuÃ∏gängergruppe passieren können. Doch er habe die Fahrspur gewechselt und sie â∏ die Klägerin â∏ im selben Moment klingelnd angefahren. Auch spreche der zu geringe Seitenabstand beim ̸berholen auf einem unebenen, schmalen Weg schon dem Anscheinsbeweis nach dafür, dass jegliche Rücksicht bewusst auÃ∏er Acht gelassen worden sei.

Weiter wurden Kopien der Vernehmungsprotokolle $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bersandt, auf denen von der Zeugin G2 am 12. Dezember 2019 handschriftlich vermerkt wurde, dass sie ein Klingeln oder Rufen nicht vernommen habe und von der Zeugin G1, dass sie kein Klingeln oder Rufen wahrgenommen habe, also keine Warnung erfolgt sei.

Nachdem der Berichterstatter mitgeteilt hatte, dass beabsichtigt sei, gemäÃ∏ § 153 Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) die Berufung durch Beschluss zurýckzuweisen, wurde die Berufung zurýckgenommen (Schriftsatz vom 21. Dezember 2019).

Bereits am 14. April 2020 beantragte die Klägerin die Ã□berprù¼fung des Bescheides vom 16. August 2018. Erst im Berufungsverfahren habe sich herausgestellt, dass immer auf ein Klingeln des Radfahrers abgestellt werden sei, dies aber nicht zutreffe. Weiter habe sich ergeben, dass der mit hoher Geschwindigkeit fahrende Radfahrer sie ohne jegliche Vorwarnung angefahren, sie gegen ihren Willen hochgezerrt habe. Es sei von einem bedingten Vorsatz auszugehen, dass der Radfahrer also billigend in Kauf genommen habe, dass sie â□□ die Klägerin â□□ verletzt werde. Die beiden Zeuginnen hätten nicht von einem Klingeln gesprochen, sondern von einem â□□Geräuschâ□□, das hinter ihnen gewesen sei.

Den Antrag lehnte das LRA mit Bescheid vom 4. Mai 2020 ab. Die Klägerin habe bei ihrer polizeilichen Vernehmung selbst angegeben, ein kurzes Klingeln gehört zu haben. Dies werde gestützt durch die Aussagen der beiden Zeuginnen. Die Zeugin G1 spreche davon, dass sie irgendetwas â∏von hintenâ∏ gehört habe, weshalb sie sich umgedreht und den Radfahrer kommend gesehen habe. Die Zeugin G2 habe ebenfalls ein Geräusch gehört, sich umgedreht und den Radfahrer gesehen, die Klägerin noch auf den sich nähernden Radfahrer hingewiesen. Die vorgebrachte Argumentation treffe daher nicht zu.

Gegen den Bescheid erhob die KlĤgerin Widerspruch und machte geltend, dass ein dolus eventualis des Täters vorgelegen habe. Hierfür sei erforderlich, dass der Täter eine körperliche Einwirkung auf das Opfer für möglich gehalten und billigend in Kauf genommen habe. Es sei bislang fÄxlschlich davon ausgegangen worden, dass der Radfahrer die Gruppe vor dem Unfall durch ein Klingeln gewarnt habe. Fakt sei, dass der Fahrradfahrer sich mit sehr hoher Geschwindigkeit genĤhert habe. Entgegen der bisherigen Annahme habe er jedoch vor dem Zusammensto̸ nicht mit einem Klingeln gewarnt. Die beiden Zeuginnen hätten nur ein GerĤusch gehĶrt, zeitgleich sei aber auch ein Güterzug auf den Gleisen gewesen. Sie â∏∏ die Klägerin â∏∏ habe das Klingeln in dem Moment vernommen, als der Unfall passiert sei. Es kA¶nne also sein, dass das Klingeln durch den Sturz entstanden sei. Herausfinden kanne man das nicht mehr, da der Radfahrer wegen seiner falschen Angaben nicht mehr auffindbar sei. Ein Radfahrer, der sich einer Gruppe Ãxlterer Damen von hinten mit hoher Geschwindigkeit nÃxhere, nehme billigend in Kauf, dass etwas geschehe. Selbst wenn er geklingelt h\(\tilde{A}\)\(\tilde{x}\) tte, was nicht geschehen sei, hÃxtte dies nichts geÃxndert.

Ergänzend sei mitzuteilen, dass die beiden Zeuginnen sich anfänglich bemüht hätten, ihr beim Aufstehen behilflich zu sein. Sie hätten aber nicht an ihr gezerrt und auf ihre Bitten auch von ihr abgelassen. Sie hätten sich dann der Organisation der Verletztenversorgung gewidmet, indem sie telefoniert hätten. Während dieser Zeit habe der Radfahrer massiv an ihr gezerrt, wie der Zeuge B4 bestätigt habe. Die beiden Zeuginnen hätten im Nachgang bestätigt, dass sie kein Klingeln oder Rufen vernommen hätten. Sie habe sich nicht nur an der rechten Hüfte verletzt, sondern auch eine Oberschenkelfraktur rechts erlitten.

Den Widerspruch wies das Regierungspräsidium S4 â∏ Landesversorgungsamt â∏ mit Widerspruchsbescheid vom 9. November 2020 zurÃ⅓ck. Eine

Rechtswidrigkeit könne nicht festgestellt werden, da ein dolus eventualis des Radfahrers nicht nachgewiesen sei. Die KlĤgerin habe selbst angegeben, ein kurzes Klingeln des Fahrradfahrers gehĶrt zu haben. Die aktuellen Zweifel an der damaligen Aussage reichten nicht aus, um eine Rechtswidrigkeit des Bescheides anzunehmen, die jetzigen ErgĤnzungen der Zeuginnen fļhrten zu keiner anderen Beurteilung. Der nunmehrige Vortrag, dass die KlĤgerin von dem Radfahrer mehrfach hochgezerrt worden sei, finde keine BestĤtigung in der damaligen Zeugenaussage des Herrn B4, wäre im Ã∏brigen aber auch kein Nachweis fýr einen Vorsatz. Das SG habe bereits festgestellt, dass die Verletzungen bei dem Sturz ausgelĶst worden seien und nicht durch das Aufstellen nach dem Unfallereignis. Das Vorbringen, dass sich der Fahrradfahrer der Gruppe von hinten mit hoher Geschwindigkeit genĤhert habe, spreche nicht fýr die Annahme eines bedingten Vorsatzes. Vielmehr sei zu berücksichtigen, dass es im Alltag viele Fahrradfahrer gebe, welche auf Fu̸gängerwegen mit hoher Geschwindigkeit ohne ausreichenden Sicherheitsabstand an Personengruppen vorbeiführen, mit oder ohne Klingelzeichen.

Am 2. Dezember 2020 hat die KlĤgerin erneut Klage beim SG erhoben und ihr Vorbringen wiederholt. Weiter hat sie auf die Entscheidung des Oberlandesgerichtes Frankfurt vom 9. Oktober 2012 â∏ 22 U 10/11 â∏ verwiesen. Darin ist ausgeführt, dass der dortigen Beklagten ein fahrlässiges Verhalten beim Heraustreten auf den Bürgersteig nicht vorgeworfen werden könne. Bei einem gemeinsamen Rad- und Fu̸weg träfen den Radfahrer höhere Sorgfaltspflichten als den Fu̸gänger. Diese könnte ihn zur Herstellung von Blickkontakt, VerstĤndigung und notfalls Schrittgeschwindigkeit zwingen. Radfahrer hĤtten auf kombinierten Geh- und Radwegen keinen Vorrang, Fu̸gänger müssten sie aber vorbeifahren lassen, wobei Radfahrer jede GefĤhrdung vermeiden müssten. Eine Unachtsamkeit der Beklagten sei nicht zu erkennen. Diese habe sich darauf verlassen kA¶nnen, dass Fahrradfahrer, die den Gehweg benutzen, sich so verhielten, dass ein Heraustreten auf den Gehsteig in vertretbarem Ma̸e möglich gewesen sei. Das Landgericht habe zutreffend ausgeführt, dass es völlig realitätsfern sei, von einem FuÃ∏gänger zu verlangen, dass er vor Betreten des Gehsteigs mit dem Kopf aus dem Eingang herausschaue und auf zu nah heranfahrende Fahrradfahrer achten müsse.

Nach Anhörung der Beteiligten hat das SG die Klage mit Gerichtsbescheid vom 1. März 2023 abgewiesen. Das Gericht verweise auf die Ausführungen der Beklagten im Widerspruchsbescheid (§ 136 Abs. 3 SGG). Ergänzend sei darauf hinzuweisen, dass der Vortrag zum generellen bedingten Vorsatz von Radfahrern fernliegend sei. Im Ã□brigen werde auf die Ausführungen im Urteil vom 13. Juni 2019 verwiesen, weiterhin gehe die Nichterweislichkeit der Frage, ob der Radfahrer vorsätzlich gehandelt habe, zu Lasten der Klägerin. Weitere Ermittlungsansätze seien nach wie vor nicht ersichtlich.

Am 22. März 2023 hat die Klägerin wiederum Berufung beim Senat eingelegt. Es habe sich inzwischen ein anderer Sachverhalt herausgestellt, nämlich, dass der mit hoher Geschwindigkeit fahrende Radfahrer sie ohne jegliche Vorwarnung angefahren und anschlieÃ□end gegen ihren Willen hochgezerrt habe. Insbesondere

könne nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der Radfahrer sie durch ein Klingeln habe warnen wollen. Er sei vielmehr erst im letzten Moment von einer ihrer Begleiterinnen bemerkt worden. Gleichzeitig sei auf den naheliegenden Gleisen ein Gù¼terzug mit viel Lärm vorbeigefahren. Weiter genù¼ge es, dass sich der Vorsatz auf die wesentlichen Elemente der Angriffshandlung beziehe, der Erfolg mù¼sse nicht beinhaltet werden. Ein direkter Vorsatz werde nicht vorausgesetzt, vielmehr reiche ein dolus eventualis aus. Dies sei in den vorausgegangenen Entscheidungen wegen des unrichtigen Sachverhaltes nicht erkannt worden. Nach den vorliegenden Zeugenaussagen habe sich der Radfahrer mit hoher Geschwindigkeit von hinten genähert, ohne auf sich aufmerksam zu machen. Sowohl sie als auch die Zeuginnen hätten sich auf einem Feldweg befunden, der von Radfahrern und FuÃ□gängern gleichermaÃ□en genutzt werde. In diesem Fall hätten Radfahrer jedoch keinen Vorrang. Wenn ein Radfahrer FuÃ□gänger passiere, müsse er jede Gefährdung vermeiden. § 3 der StraÃ□enverkehrsordnung (StVO) sei von Radfahrern ebenfalls zu beachten.

Bei einem gemeinsam genutzten Weg tr \tilde{A} ¤fen Radfahrer h \tilde{A} ¶here Sorgfaltspflichten, die Radfahrer h \tilde{A} ¤tten die Belange der Fu \tilde{A} \square g \tilde{A} ¤nger besonders zu ber \tilde{A} ½cksichtigen und insbesondere bei unklarer Verkehrslage gegebenenfalls Schrittgeschwindigkeit zu fahren, um ein sofortiges Anhalten zu erm \tilde{A} glichen. Auf betagte oder unachtsame Fu \tilde{A} g \tilde{A} ¤nger m \tilde{A} ½sse der Radfahrer besondere R \tilde{A} ½cksicht nehmen sowie mit Unaufmerksamkeiten oder Schreckreaktion rechnen. Seine Geschwindigkeit habe er so zu bemessen, dass er innerhalb einer \tilde{A} ½bersehbaren Strecke anhalten k \tilde{A} ¶nne.

Der Radfahrer sei mit hoher Geschwindigkeit unterwegs gewesen, da er offenbar dringend zur Arbeit gemusst habe. Er sei daher bewusst mit ýberhöhter Geschwindigkeit auf der schmalen Fahrbahn unterwegs gewesen. Anstatt seine Geschwindigkeit zu vermindern, sei er mit vorsätzlich Ã⅓berhöhter Geschwindigkeit weitergefahren, habe einen möglichen ZusammenstoÃ□ auch aufgrund der hohen Geschwindigkeit mit einer erheblichen Verletzung billigend in Kauf genommen. Zum Beweis werde beantragt, die Zeuginnen G1 und G2 zu hören.

Die KlAzgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Heilbronn vom 1. März 2023 aufzuheben und den Beklagten zu verurteilen, ihr unter Aufhebung des Bescheides vom 4. Mai 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 9. November 2020 sowie unter Rýcknahme des Bescheides vom 16. August 2018 Beschädigtenversorgung, insbesondere Beschäftigtengrundrente, zu gewähren, hilfsweise zum Beweis des Tathergangs

- 1. Frau E3 G1, E4, B6
- 2. Frau E2 G2, B5, B6

als Zeugen zu vernehmen.

Der Beklagte beantragt,

Â die Berufung der Klägerin zurückzuweisen.

Er verweist auf die angefochtene Entscheidung.

Der Senat hat die Akten der Vorverfahren beigezogen und der KlĤgerin Einsicht gewĤhrt.

Hinsichtlich des weiteren Sach- und Streitstandes wird auf die Verwaltungs- und Gerichtsakte Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die form- und fristgerecht (\hat{A} § 151 SGG) eingelegte Berufung der Kl \hat{A} ¤gerin ist statthaft (\hat{A} § \hat{A} § 143, 144 SGG) und auch im \hat{A} \square brigen zul \hat{A} ¤ssig, aber unbegr \hat{A} 1 4ndet.

Streitgegenstand des Berufungsverfahrens ist der Gerichtsbescheid des SG vom 1. MĤrz, mit dem die kombinierte Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungsklage ($\frac{\hat{A}\$}{\$}$ 54 Abs. 1 und 4 SGG, vgl. Keller in: Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, Kommentar zum SGG, 14. Aufl. 2023, $\hat{A}\$$ 54 Rz. 20c) auf GewĤhrung von BeschĤdigtenversorgung, insbesondere BeschĤdigtengrundrente, unter Aufhebung des Bescheides vom 4. Mai 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides ($\frac{\hat{A}\$}{\$}$ 95 SGG) vom 9. November 2020 sowie unter Rýcknahme des Bescheides vom 16. August 2018 abgewiesen worden ist. MaÃ \Box gebender Zeitpunkt fýr die Beurteilung des Antrags nach $\frac{\hat{A}\$}{\$}$ 44 SGB X ist die damalige Sach- und Rechtslage aus heutiger Sicht (\hat{a} \Box gelÃuterte Rechtsauffassung \hat{a} \Box 0 vgl. BSG, Urteil vom 30. \hat{A} Januar 2020 \hat{a} \Box 0 B 2 U 2/18 R \hat{a} \Box 0, juris, Rz. 16).

Die Unbegründetheit der Berufung folgt aus der Unbegrþndetheit der Klage. Der Bescheid vom 4. Mai 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 9. November 2020 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt die Klägerin nicht in ihren Rechten (§ 54 Abs. 1 Satz 2 SGG). Auch zur Ã∏berzeugung des Senats kann sie die Gewährung von Beschädigtenversorgung nicht beanspruchen, sodass der Beklagte zu Recht die Rþcknahme des Bescheides vom 16. August 2018 abgelehnt und das SG die Klage zu Recht abgewiesen hat.

Rechtsgrundlage des Bescheides ist <u>§ 44 Abs. 1 SGB X</u>. Danach ist der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung fýr die Vergangenheit zurýckzunehmen, soweit sich im Einzelfall ergibt, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht oder Beiträge zu Unrecht erhoben worden sind.

Diese Voraussetzungen sind nicht erf \tilde{A}^{1} /Ilt, da weder der Beklagte noch das SG von einem unzutreffenden Sachverhalt ausgegangen sind, nachdem die Entscheidungen sich nicht tragend auf ein vermeintliches Klingeln des Radfahrers st \tilde{A}^{1} /4tzen, welches die Kl \tilde{A} 1 gerin nunmehr g \tilde{A} 1 2 nzlich in Abrede zu stellen versucht.

Materiell-rechtlich sind die Vorschriften des BVG in seiner bis 31. Dezember 2023 geltenden Fassung anzuwenden. GemäÃ∏ § 142 Abs. 1 Satz 1 Vierzehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) in der ab 1. Januar 2024 geltenden Fassung erhalten Personen, deren Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach einem Gesetz, dass das Bundesversorgungsgesetz ganz oder teilweise fýr anwendbar erklÄxrt, in der bis zum 31. Dezember 2023 geltenden Fassung bis zum 31. Dezember 2023 bestandskrå aftig festgestellt sind, diese Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach dem Gesetz, dass das Bundesversorgungsgesetz fýr anwendbar erklÃxrt, in der am 23. Dezember 2023 geltenden Fassung weiter, soweit dieses Kapitel nichts anderes bestimmt. ̸ber einen bis zum 23. Dezember 2023 gestellten und nicht bestandskrägftig entschiedenen Antrag auf Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz oder nach einem Gesetz, dass das Bundesversorgungsgesetz ganz oder teilweise für anwendbar erklĤrt, ist nach dem im Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Recht zu entscheiden, § 142 Abs. 2 Satz 1 SGB XIV. Wird hierbei ein Anspruch auf Leistungen festgestellt, werden ebenfalls Leistungen nach Absatz 1 erbracht, § 142 Abs. 2 Satz 2 SGB XIV.

Rechtsgrundlage für den geltend gemachten Anspruch ist <u>§Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG</u> in Verbindung mit <u>§Â 9 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1,</u> §Â 30, §Â 31 BVG. Danach erhält wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des BVG, unter anderem auch BeschÄxdigtengrundrente nach §Â 31 Abs. A 1 BVG, wer im Geltungsbereich des OEG oder auf einem deutschen Schiff oder Luftfahrzeug infolge eines vorsĤtzlichen, rechtswidrigen tĤtlichen Angriffs gegen seine oder eine andere Person oder durch dessen rechtmĤÃ∏ige Abwehr eine gesundheitliche Schämdigung erlitten hat. Die Versorgung umfasst nach dem insoweit entsprechend anwendbaren §Â 9 Abs. 1 Nr. 3 BVG die Beschädigtenrente (§Â§Â 29 ff. BVG). Nach §Â 30 Abs. 1 Satz 1 BVG ist der GdS â∏ bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Ã∏nderung des BVG und anderer Vorschriften des Sozialen Entschägigungsrechts vom 13. Dezember 2007 (BGBI I <u>S. 2904</u>) am 21. Dezember 2007 als Minderung der Erwerbsfähigkeit bezeichnet â∏ nach den allgemeinen Auswirkungen der FunktionsbeeintrĤchtigungen, welche durch die als Schäzdigungsfolge anerkannten kä¶rperlichen, geistigen oder seelischen GesundheitsstĶrungen bedingt sind, in allen Lebensbereichen zu beurteilen. Der GdS ist nach Zehnergraden von 10 bis 100 zu bemessen; ein bis zu fünf Grad geringerer GdS wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst (§Â 30 Abs. 1 Satz 2 BVG). Beschädigte erhalten gemäÃ∏ <u>§Â 31 Abs. 1 BVG</u> eine monatliche Grundrente ab einem GdS von 30. Liegt der GdS unter 25 besteht kein Anspruch auf eine Rentenentschäzdigung (vgl. Senatsurteil vom 18. Dezember 2014 â∏∏ <u>L 6 VS 413/13</u> -, juris, Rz. 42; Dau, in: Knickrehm, Gesamtes Soziales EntschĤdigungsrecht, 2012, <u>§Â 31 BVG</u>, Rz. 2).

FÃ⅓r einen Anspruch auf Beschädigtenversorgung nach dem OEG in Verbindung mit dem BVG sind folgende rechtlichen Grundsätze maÃ∏gebend (vgl. BSG, Urteil vom 17. April 2013 â∏ <u>B 9 V 1/12 R</u> â∏, <u>BSGE 113, 205</u>):

Ein Versorgungsanspruch setzt zunÄxchst voraus, dass die allgemeinen

Tatbestandsmerkmale des §Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG gegeben sind (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 23. April 2009 â∏ <u>BÂ 9Â VGÂ 1/08 R</u> â∏∏, juris, Rz. 27 m. w. N). Danach erhält eine natürliche Person (â∏werâ∏∏), die im Geltungsbereich des OEG durch einen vorsÄxtzlichen, rechtswidrigen tÄxtlichen Angriff eine gesundheitliche SchÄxdigung erlitten hat, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des BVG. Somit besteht der Tatbestand des §Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG aus drei Gliedern (tÃxtlicher Angriff, SchÃxdigung und SchÃxdigungsfolgen), die durch einen Ursachenzusammenhang miteinander verbunden sind. In AltfĤllen, also bei Schäzdigungen zwischen dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 und dem Inkrafttreten des OEG am 16. Mai 1976 (BGBI I S. 1181), mÃ¹/₄ssen daneben noch die besonderen Voraussetzungen gemĤÃ∏ §Â 10 Satz 2 OEG in Verbindung mit <u>§Â 10a Abs. 1 Satz 1 OEG</u> erfüIIt sein. Nach dieser HÃxrteregelung erhalten Personen, die in diesem Zeitraum geschÃxdigt worden sind, auf Antrag Versorgung, solange sie allein infolge dieser Schäzdigung schwerbeschĤdigt und bedļrftig sind sowie im Geltungsbereich des OEG ihren Wohnsitz oder gewĶhnlichen Aufenthalt haben. Eine SchwerbeschĤdigung liegt nach §Â 31 Abs. 2 BVG vor, wenn ein GdS von mindestens 50 festgestellt ist.

Nach der Rechtsprechung des BSG ist bei der Auslegung des Rechtsbegriffes â∏vorsätzlicher, rechtswidriger tätlicher Angriffâ∏ im Sinne des §Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG entscheidend auf die Rechtsfeindlichkeit, vor allem verstanden als Feindlichkeit gegen das Strafgesetz, abzustellen; von subjektiven Merkmalen, wie etwa einer kämpferischen, feindseligen Absicht, hat sich die Auslegung insoweit weitestgehend gelĶst (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 7. April 2011 â∏ <u>B 9 VG 2/10 R</u> â∏∏, SozR 4-3800 §Â 1 Nr. 18, Rz. 32 m. w. N.). Dabei sind je nach Fallkonstellation unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt und verschiedene Gesichtspunkte hervorgehoben worden. Leitlinie ist insoweit der sich aus dem Sinn und Zweck des OEG ergebende Gedanke des Opferschutzes. Das Vorliegen eines tÄxtlichen Angriffes hat das BSG daher aus der Sicht von objektiven, vernünftigen Dritten beurteilt und insbesondere sozial angemessenes Verhalten ausgeschieden. Allgemein ist es in seiner bisherigen Rechtsprechung davon ausgegangen, dass als tAxtlicher Angriff grundsAxtzlich eine in feindseliger oder rechtsfeindlicher Willensrichtung unmittelbar auf den KA¶rper eines anderen zielende gewaltsame Einwirkung anzusehen ist, wobei die Angriffshandlung in aller Regel den Tatbestand einer â∏ jedenfalls versuchten â∏ vorsätzlichen Straftat gegen das Leben oder die kA¶rperliche Unversehrtheit erfA¼llt (st. Rspr.; vgl. nur BSG, Urteil vom 29. April 2010 â∏ <u>B 9 VG 1/09 R</u> â∏∏, SozR 4-3800 §Â 1 Nr. 17, Rz. 25 m. w. N.). Abweichend von dem im Strafrecht umstrittenen Gewaltbegriff im Sinne des <u>§Â 240 Strafgesetzbuch (StGB</u>) zeichnet sich der tÃxtliche Angriff im Sinne des <u>§Â 1 Abs. 1 Satz 1 OEG</u> durch eine körperliche Gewaltanwendung (TÃxtlichkeit) gegen eine Person aus, wirkt also körperlich (physisch) auf einen anderen ein (vgl. BSG, Urteil vom 7. April 2011 â□□ B 9 VG 2/10 R -, SozR 4 3800 §Â 1 Nr. 18, Rz. 36 m. w. N.). Ein solcher Angriff setzt eine unmittelbar auf den KA¶rper einer anderen Person zielende, gewaltsame physische Einwirkung voraus; die blo̸e Drohung mit einer wenn auch erheblichen Gewaltanwendung oder Schäzdigung reicht hierfä¼r demgegenä¼ber nicht aus (vgl. BSG, Urteil vom 16. Dezember 2014 $\hat{a} \square \square B 9 \vee 1/13 R$ -, juris, Rz. 23 ff.).

Hinsichtlich der entscheidungserheblichen Tatsachen kennen das soziale Entschä¤digungsrecht und damit auch das OEG drei BeweismaÄ\[\text{sta}\pi\text{a}\pi\text{be}. Grunds\text{A}\pi\text{tzlich bed\text{A}}\frac{1}{4}\rfen die drei Glieder der Kausalkette (sch\text{A}\pi\digender Vorgang, Sch\text{A}\pi\digender der Kausalkette (sch\text{A}\pi\digender Vorgang, Sch\text{A}\pi\digender des Vollbeweises. F\text{A}\frac{1}{4}\rfer die Kausalit\text{A}\pi\text{t selbst gen\text{A}}\frac{1}{4}\text{gt gem\text{A}\pi\text{A}\text{\text{B}}\text{ Abs.\text{A}}\text{ 3 BVG} die Wahrscheinlichkeit. Nach Ma\text{A}\text{\text{gabe}}\def des \text{A}\text{\text{A}}\text{ 1 des Gesetzes \text{A}\frac{1}{4}\text{ber das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung (KOVVfG), der gem\text{A}\pi\text{A}\text{\text{A}}\text{ 6 Abs.\text{A}}\text{ 3 OEG} anzuwenden ist, sind bei der Entscheidung die Angaben der Antragstellenden, die sich auf die mit der Sch\text{A}\pi\digna\text{digung, also insbesondere auch mit dem t\text{A}\pi\text{tlichen Angriff im Zusammenhang stehenden Tatsachen beziehen, zugrunde zu legen, wenn sie nach den Umst\text{A}\pi\nd\text{nden des Falles glaubhaft erscheinen.}

Fýr den Vollbeweis muss sich das Gericht die volle Ã□berzeugung vom Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer Tatsache verschaffen. Allerdings verlangt auch der Vollbeweis keine absolute Gewissheit, sondern lässt eine an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit ausreichen. Denn ein darýber hinausgehender Grad an Gewissheit ist so gut wie nie zu erlangen (vgl. Keller, a. a. O., §Â 128 Rz. 3b m. w. N.). Daraus folgt, dass auch dem Vollbeweis gewisse Zweifel innewohnen können, verbleibende Restzweifel mit anderen Worten bei der Ã□berzeugungsbildung unschädlich sind, solange sie sich nicht zu gewichtigen Zweifeln verdichten (vgl. BSG, Urteil vom 24. November 2010 â□□ B 11 AL 35/09 R -, juris, Rz. 21). Eine Tatsache ist bewiesen, wenn sie in so hohem Grade wahrscheinlich ist, dass alle Umstände des Falles nach vernÃ⅓nftiger Abwägung des Gesamtergebnisses des Verfahrens und nach der allgemeinen Lebenserfahrung geeignet sind, die volle richterliche Ã□berzeugung zu begrÃ⅓nden (vgl. Keller, a. a. O.).

Der Beweisgrad der Wahrscheinlichkeit im Sinne des <u>§Â 1 Abs. 3 Satz 1 BVG</u> ist dann gegeben, wenn nach der geltenden wissenschaftlichen Lehrmeinung mehr fýr als gegen einen ursächlichen Zusammenhang spricht (vgl. BSG, Beschluss vom 8. August 2001 â∏ <u>B 9 V 23/01 B</u> â∏, <u>SozR 3-3900 §Â 15 Nr. 4</u>, S. 14 m. w. N.). Diese Definition ist der Fragestellung nach dem wesentlichen ursächlichen Zusammenhang (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 16. Dezember 2014 â∏ <u>B 9 V 6/13 R</u> -, juris, Rz. 18 ff.) angepasst, die nur entweder mit ja oder mit nein beantwortet werden kann. Es muss sich unter Wýrdigung des Beweisergebnisses ein solcher Grad von Wahrscheinlichkeit ergeben, dass ernste Zweifel hinsichtlich einer anderen Möglichkeit ausscheiden. Für die Wahrscheinlichkeit ist ein â∏deutlichesâ∏ Ā∏bergewicht für eine der Möglichkeiten erforderlich. Sie entfällt, wenn eine andere Möglichkeit ebenfalls ernstlich in Betracht kommt.

Bei dem â Glaubhafterscheinen a im Sinne des §Â 15 Satz 1 KOVVfG handelt es sich um den dritten, mildesten BeweismaÄ stab des Sozialrechts. Glaubhaftmachung bedeutet das Dartun einer ý berwiegenden Wahrscheinlichkeit (vgl. Keller, a. a. O., Rz. 3d m. w. N.), also der guten Möglichkeit, dass sich der Vorgang so zugetragen hat, wobei durchaus gewisse Zweifel bestehen bleiben können (vgl. BSG, Beschluss vom 8. August 2001 â B 9 V 23/01 B -, SozR 3 3900 §Â 15 Nr. 4, S. 14 f. m. w. N.). Dieser Beweismaà stab ist durch seine Relatività xt gekennzeichnet. Es muss nicht, wie bei der Wahrscheinlichkeit

des ursÃxchlichen Zusammenhanges, absolut mehr für als gegen die glaubhaft zu machende Tatsache sprechen. Es reicht die gute MA¶glichkeit aus, also es genügt, wenn bei mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist (vgl. Keller, a. a. O.), weil nach der GesamtwA¼rdigung aller UmstAxnde besonders viel fA¼r diese Möglichkeit spricht. Von mehreren ernstlich in Betracht zu ziehenden Sachverhaltsvarianten muss einer den übrigen gegenüber ein gewisses, aber kein deutliches ̸bergewicht zukommen. Wie bei den beiden anderen Beweisma̸stäben reicht die bloÃ∏e Möglichkeit einer Tatsache nicht aus, um die Beweisanforderungen zu erfļllen. Das Tatsachengericht ist allerdings mit Blick auf die Freiheit der richterlichen Beweiswürdigung (§Â 128 Abs. 1 Satz 1 SGG) im Einzelfall grundsÄxtzlich darin nicht eingeengt, ob es die Beweisanforderungen als erfüllt ansieht (vgl. BSG, Beschluss vom 8. August 2001 â∏ B 9 V 23/01 B -, SozR 3-3900 §Â 15 Nr. 4, S. 15). Diese GrundsÃxtze haben ihren Niederschlag auch in den â∏Anhaltspunkten für die ärztliche Gutachtertätigkeit im sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertengesetzâ∏∏ in ihrer am 1. Oktober 1998 geltenden Fassung der Ausgabe 1996 (AHP 1996) und nachfolgend â∏ seit Juli 2004 â∏ den â∏Anhaltspunkten für die ärztliche GutachtertÄxtigkeit im sozialen EntschÄxdigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (Teil 2 SGB IX)â∏ in ihrer jeweils geltenden Fassung (AHP 2005 und 2008) gefunden, welche zum 1. Januar 2009 durch die Anlage zu §Â 2 Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) vom 10. Dezember 2008 (Teil C, Nrn. 1 bis 3 und 12 der Anlage zu <u>§Â 2 VersMedV</u>; vgl. <u>BR-Drucks 767/1/08 S. 3</u>, 4) inhaltsgleich ersetzt worden ist (vgl. BSG, Urteil vom 16. Dezember 2014 â∏ B9V 6/13 R -, juris, Rz. 17).

Nach diesen MaÃ□stäben ist ein vorsätzlicher, rechtswidriger, tätlicher Angriff auch zur Ã□berzeugung des Senats nicht im Vollbeweis bewiesen. Der abgesenkte BeweismaÃ□stab der Glaubhaftmachung kommt schon deshalb nicht zu Anwendung, weil der Vorfall von zwei Zeuginnen beobachtet worden ist.

Zum Ereignishergang kann der Senat feststellen, dass sich die Klå¤gerin am 26. Må¤rz 2018 gegen 17.00 Uhr mit den beiden Zeuginnen auf dem Fuå∏weg (zwischen den Bahngleisen und der C1 Richtung B3 befand. Von hinten nå¤herte sich ein Radfahrer, der von den Zeuginnen bemerkt wurde, weshalb sie sich nach rechts an den Fahrbahnrand gingen um einen Zusammenstoå∏ zu vermeiden. Auf die Warnung der Zeugin G2 an die Klå¤gerin bewegte sich diese dagegen nach links und wurde von dem Radfahrer, der den Randstreifen neben dem Asphaltweg befuhr, erfasst und zu Fall gebracht. Dies entnimmt der Senat den Angaben der Klå¤gerin sowie den polizeilichen Vernehmungsprotokollen der Zeugen, die er im Wege des Urkundsbeweises verwertet (ŧ 118 Abs. 1 SGG i. V. m. ŧŧ 415 ff. Zivilprozessordnung [ZPO]). Somit hat sich lediglich ein Verkehrsunfall ereignet, der ganz generell nicht unter einen entschå¤digungspflichtigen Tatbestand des OEG få¤llt.

Ein vorsätzlicher, rechtswidriger, tätlicher Angriff ergibt sich hieraus nämlich nicht. Als â∏tätlicher Angriffâ∏ in diesem Sinne gilt jede in feindlicher Willensrichtung unmittelbar auf den Körper eines Anderen zielende Einwirkung,

ohne Rýcksicht auf den Erfolg. Der fýr diesen Angriff geforderte Vorsatz muss sich grundsÃxtzlich nur auf diese Angriffshandlung beziehen, fahrlÃxssig begangene Handlungen scheiden in der Regel als Anspruchsgrundlage fýr einen EntschÃxdigungsanspruch aus (vgl. BSG, Urteil vom 4. Februar 1988 â \square B 9 VG 5/96 R â \square , juris, Rz. 12).

Ein vorsätzlicher tätlicher Angriff liegt bei Körperverletzungs- oder Tötungsdelikten auch dann vor, wenn der Täter mit bedingtem Vorsatz gehandelt hat, d.h. wenn er zwar nicht wissentlich und willentlich sein Verhalten auf die Verwirklichung eines durch Eintritt des Erfolges gekennzeichneten Straftatbestandes ausgerichtet, den Erfolg habe fýr möglich und billigend in Kauf genommen hat (vgl. BSG, Urteil vom 4. Februar 1988 â∏ B 9 VG 5/96 R â∏, juris, Rz. 15). Die Grenze zum bedingten Vorsatz ist auch bei einer bewussten Fahrlässigkeit nicht Ã⅓berschritten, weil der Täter darauf vertraut, dass nichts passiert wird, so dass es am voluntativen Moment des billigend in Kaufnehmens fehlt (vgl. Fischer, StGB-Kommentar, 69. Aufl. 2022, § 15 Rz. 14 ff.).

Ist der Täter unerkannt geblieben, so kann nur aus den festgestellten äuÃ□eren Umständen darauf geschlossen werden, ob er (bedingt) vorsätzlich gehandelt hat. Es liegt daher auf der Hand, dass Beweisschwierigkeiten auftreten können, da sich nicht immer aus den äuÃ□eren Umständen feststellen lassen wird, welche Vorstellungen und welche Willensrichtung der Täter bei seiner zur Verletzung führenden Tat hatte. In einem solchen Fall geht die Nichterweislichkeit des Vorsatzes nach den Grundsätzen der objektiven Beweis- oder Feststellungslast zu Lasten des Klägers (vgl. BSG, Urteil vom 4. Februar 1988 â□□ B 9 VG 5/96 R â□□, juris, Rz. 18).

Aus den festgestellten äuÃ□eren Umständen (vgl. oben) lässt sich vorliegend nicht auf einen bedingten Vorsatz des Radfahrers schlieÃ□en. Die Tatsache, dass dieser nach Angaben der Klägerin selbst den Asphaltweg verlassen hatte, spricht vielmehr dafür, dass er versucht hat, seinerseits der Personengruppe auszuweichen, wenngleich dieses Verhalten im Ergebnis zu der Kollision mit der in die gleiche Richtung ausweichenden Klägerin geführt hat. Dass die Klägerin nach ihrem Vorbringen davon ausgegangen ist, der Radfahrer werde mittig auf dem Asphaltweg weiterfahren, steht der Annahme, dass der Radfahrer den Randstreifen genutzt hat, um seinerseits der Personengruppe auszuweichen nicht entgegen. Jedenfalls sind keinerlei objektive Anhaltspunkte dafür gegeben, dass er den â□□Fahrspurwechselâ□□, wie es die Klägerin bezeichnet, deshalb unternommen hat, um sie zu schädigen.

In Rechnung zu stellen ist dabei auch, dass nach der strafgerichtlichen Rechtsprechung die Prüfung, ob Vorsatz oder (bewusste) Fahrlässigkeit vorliegt, eine Gesamtschau aller objektiven und subjektiven Tatumstände erfordert. Dabei ist zwar die objektive Gefährlichkeit der Tathandlung ein wesentlicher Indikator sowohl für das Wissens- als auch für das Willenselement des bedingten Vorsatzes. Indessen kommt es auch bei in hohem MaÃ□e gefährlichen Handlungen auf die Umstände des Einzelfalls an. Bei der gebotenen Gesamtschau sind im Einzelfall alle in Betracht kommenden, einen Vorsatz in Frage stellenden

Umstände in die Erwägungen einzubeziehen (vgl. Bundesgerichtshof [BGH]; Urteil vom 18. Juni 2020 â∏∏ 4 StR 482/19 â∏∏, juris, Rz. 23).

Bei riskanten Verhaltensweisen im Straà enverkehr, die nicht von vornherein auf die Verletzung einer anderen Person oder die Herbeiführung eines Unfalls angelegt sind, kann eine vom Täter als solche erkannte Eigengefährdung dafür sprechen, dass er auf einen guten Ausgang vertraute. Es bedarf deshalb einer Auseinandersetzung im Einzelfall damit, ob und in welchem Umfang aus Sicht des Täters aufgrund seines Verhaltens eine Gefahr (auch) für eine eigene körperliche Integrität drohte. Hierfür können sich wesentliche Indizien aus den objektiven Tatumständen ergeben, nämlich dem täterseitig genutzten Verkehrsmittel und dem konkreten Unfallszenario. So kann es sich unterschiedlich auf das Vorstellungsbild des Täters zu seiner Eigengefährdung auswirken, ob er sich selbst in einem PKW oder auf einem Motorrad befindet und ob Kollisionen mit Fuà gà ngern oder Radfahrern oder mit anderen PKW oder gar LKW drohen (vgl. BGH, Urteil vom 18. Juni 2020 â d d str. 4 str. 482/19 â prins Rz. 31 f.; BGH, Urteil vom 1. MÃ zrz 2018 â